

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE  
LINKE**

PPL 51 (*Stadt*) - Aufarbeitung der Psychatriegeschichte in der NS-Zeit am Klinikum Bremen-Ost (KBO)

**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2024  
und 2025**

Die *Stadtbürgerschaft* möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

|                 | Nr.      | Bezeichnung                              |
|-----------------|----------|------------------------------------------|
| Produktplan:    | 51       | Gesundheit und Verbraucherschutz         |
| Produktbereich: | 51.99    | Eigengesellsch., SV, Stift. und AöR (S)  |
| Produktgruppe:  | 51.99.10 | Gesundh. Nord gGmbH Klinikverb. Brem.(S) |

Der Anschlag bei den *sonstigen konsumtiven Ausgaben* wird für das Jahr 2024 um 50 Tsd. EUR *erhöht*.

Der Anschlag bei den *sonstigen konsumtiven Ausgaben* wird für das Jahr 2025 um 100 Tsd. EUR *erhöht*.

II. In konkreter Umsetzung wird der kamerale **Haushaltsplan** wie folgt ergänzt bzw. geändert:

|             | Nr.      | Bezeichnung                                                        |
|-------------|----------|--------------------------------------------------------------------|
| Einzelplan: | 35       | Gesundheit und Verbraucherschutz                                   |
| Kapitel:    | 3501     | Allgemeine Bewilligungen für Gesundheit                            |
| Titel:      | 682 24-0 | Zuschüsse an die Gesundheit Nord Aufarbeitung Psychatriegeschichte |

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2024 von 50.000 EUR eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2025 von 100.000 EUR eingestellt.

*Hier erfolgt die Deckung durch Entnahme aus zentraler Stabilitätsrücklage bei der Haushaltsstelle 3980.359 80-7. Die konkrete Deckung wird im Rahmen der Schlussanträge dargestellt.*

Es wird folgender Haushaltsvermerk angebracht:

Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.

**Beschlussempfehlung:**

Die *Stadtbürgerschaft* stimmt dem Antrag zu.

Mustafa Güngör und die Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Sofia Leonidakis und die Fraktion Die Linke